

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-Wildstadt
Vertriebsstelle und Expedition: Scharnhorststraße 9
Telefonnummer 17869 • Postfachnummer: 210
Dresden Nummer 18888, Emil Schlegel

Organ der KPD.

Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ostachsen)

Schriftleitung: Dresden-L. Scharnhorststraße 2
Vertrieb: 200 Dresden Nummer 17869 • Postfachnummer
„Arbeiterstimme“ Dresden • Sprachstunden der Schriftleitung
Wochentags nachmittags von 2-5 Uhr sonntags nachmittags

Beilagen: Der Rote Stern • Die Kommunistin • Der Kom. Gewerkschafter • Der Kom. Genossenschaftler • Wirtschaftl. Rundschau • Kunst und Kultur

2. Jahrg. Bezugspreis für den Monat frei ins Haus 2 RM.
Halbjahrespreis 10 RM. Durch die Post bezogen monatlich 2 RM.
(ohne Zustellungsgebühr) • Im Falle höherer Kosten trägt der
Abnehmer auf Lieferung der Zeitung oder auf Abschaltung des
Bezugsvertrages • Briefe sind nicht an Sonn- und Feiertagen

Dresden
Freitag, 29. Januar 1926

Einzelnenpreis:
Die neuzeitlichste Zeitschrift über den Kampf des Proletats
für die Revolutionen 0,20 RM. für die Zeitschrift anhebend
an den bestmöglichen Zeitpunkten 1,20 RM. • Postgebühren
zusätzlich nach Bedarf für die Zustellung in der Expedition
Nr. 24

Der Kanzler der Arbeiterfeinde gewählt!

Luther von den Sozialdemokraten gerettet!

Berlin, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Während am 28. Januar wurde das Abstimmungsresultat im Reichstag verkündet. Luther hatte vom Reichstag ein Vertrauensvotum gefordert. Er hatte sich noch gestern die Genehmigung zur Auflösung des Reichstages ein, von der er im Falle der Ablehnung des Vertrauensvotums Gebrauch machen wollte. Die Abstimmung über das Vertrauensvotum ergab eine Mehrheit von 16 Stimmen für Luther. 440 Abgeordnete hatten sich an der Abstimmung beteiligt. Davon hatten 130 weisse auf sein Vertrauen gestimmt, 190 Sozialdemokraten, 130 Kommunisten, 20 Nationalisten und 10 Freiwirtschaftler.

Die Sozialdemokraten gaben durch Breitscheid eine Erklärung ab, wonach die SPD die auswärtige Politik des Luther-Kabinetts billigt, sich aber durch das innerpolitische Programm der Regierung unbeeinträchtigt hält. Gründe der auswärtigen Politik bestimmen die Sozialdemokraten, die Misstrauensanträge abzulehnen. Aus Gründen der Innenpolitik könnten sie aber auch nicht ein Vertrauensvotum annehmen. Daher würden sie sich der Enthaltung enthalten. Nach dem „Vorwärts“ entschied sich die Fraktion mit 87 gegen 38 Stimmen für die Enthaltung, während aber eine noch kleinere Minderheit der Meinung war, man hätte durch formelle Bekundung des Misstrauens gegenüber dem Sturz der Regierung oder Auflösung des Reichstages herbeiführen sollen. Der „Vorwärts“ verurteilt das Verhalten der Luther-Regierung durch die Sozialdemokraten als Erfolg der SPD. hinstellen; die SPD bestände in einer nicht ungünstigen taktischen Lage, auf deren Ausgang, wie der „Vorwärts“ schreibt, „man vielleicht einige bescheidene Hoffnungen setzen darf.“ Das Verhalten der Sozialdemokraten zur Regierung ist nach dem „Vorwärts“ ein klassisches geworden. Das die Sozialdemokraten nicht die Absicht haben, die Luther-Regierung bei nächster Gelegenheit zu stürzen, beweist der „Vorwärts“ mit folgenden Sätzen: „So mag die Regierung der Mitte nun sagen, was sie will und was sie kann. Es ist leicht möglich, daß es in absehbarer Zeit doch zum Konflikt mit ihr kommt, aber die sozialdemokratische Fraktion ist in der Lage, sich die Gelegenheit und den Zeitpunkt dazu selber zu wählen. Das ist nicht unbedingte Krisenpolitik treibt — was ungeheuer einfach ist —, aber nicht immer zu den ge-

wünschten Resultaten führt, hat sie gestern durch ihr Verhalten gezeigt.“

Durch die Stimmenthaltung der sozialdemokratischen Fraktion wurde die Annahme des Vertrauensvotums ermöglicht und Luther gerettet. Die SPD trägt damit die volle Verantwortung für dieses Kabinetts der Ausbeuter, das sehr schnell bei den Deutschnationalen und den übrigen reaktionären Gruppen bei seiner arbeitserfreundlichen Politik volles Verständnis und tatkräftige Unterstützung finden wird. Die SPD hätte es in der Hand gehabt, den Reichstag auflösen zu lassen. Sie hat das verweigert. Sie fürchtet die Abrechnung der Arbeiter. Triumpfierend schreibt heute morgen der „Dresdner Anzeiger“: „Die rote Mappe, mit der der Reichskanzler heute nachmittag im Plenum erschien und in der sich das von Hittenburg unterzeichnete Dekret zur Auflösung des Reichstages befand, hat seine Wirkung in vollem Umfange getan.“

Die SPD, die seit Wochen in ihrer Presse nach der Auflösung des Reichstages schrie, ermieß sich im entscheidenden Augenblick als der Retter des Luther-Kabinetts. Damit ist die Rolle der SPD-Führer klar gekennzeichnet.

Die Kommunisten haben in der gestrigen Reichstags-sitzung keinen Zweifel darüber gelassen, daß mit dem Amtsantritt des zweiten Luther-Kabinetts die KPD den schärfsten Kampf aufnehmen wird gegen diese Regierung der Ausbeuter.

Von den 44 Mitgliedern der KPD beteiligten sich 39 an der Abstimmung. 2 Mitglieder der Fraktion sind im Auslande, 2 schwer erkrankt und nur 1 Mitglied der Fraktion fehlte.

Reichenshändlung

S. Die Enthüllungen Dittmanns im Untersuchungsausschuß des Reichstages über die widerrechtliche Erziehung der beiden Matrosen, Reichpietsch und Köbber, haben begrifflicherweise großes Aufsehen erregt. Die beiden Matrosen konnten nicht einmal auf Grund der drakonischen Kriegsgesetze zum Tode verurteilt werden. Lediglich aus politischen Motiven, um zur Abschreckung ein Exempel zu statuieren, wurden die Matrosen erschossen. So ist es normalerweise durch Dittmanns Enthüllungen bewiesen worden, daß ein sogenanntes objektives Recht nicht existiert, daß die Justiz im Dienste der herrschenden Klasse steht und somit eine Klassenjustiz sein muß. Das ist die eine Seite des Dittmannschen Vorstoßes. Aber dieser Vorstoß hat noch eine andere Seite und damit wollen wir uns heute ausführlich beschäftigen.

Erstaunt muß sich ein jeder vernünftige Mensch fragen, wie es eigentlich kommt, daß dieselben Sozialdemokraten, die bis vor kurzem noch die revolutionären Matrosen nicht anders als „Rebellen“ und „Meuterer“ bezeichneten, jetzt plötzlich sich dieser Matrosen annehmen und einen Feldzug gegen die monarchistischen Generale eröffnen? Sollte sich etwa eine Wandlung innerhalb der SPD vollzogen haben und wollen jetzt die Führer dieser Partei ein Bekenntnis zur Revolution ablegen? Wollen sie das Andenken der Helden feiern, um das wertvolle Volk zum Kampf gegen die Reaktion anzuapornen? Ach, nein, der Kampf, den jetzt Dittmann gegen die Admirale eröffnet hat, soll nicht der Revolution, nicht dem wertvollen Volke, sondern der Reaktion zugute kommen. Dittmanns Vorstoß soll wieder einmal dem nationalsozialistischen Mob den Beweis erbringen, daß die gesamte SPD, so gar ihr früherer unabhängiger Flügel in der Person Dittmanns, noch wie vor für die sogenannte nationale Einheitsfront, die in der Großen Koalition ihren Ausdruck findet, treif ist. Viele, durch das Geschrei der SPD-Presse irreführt, können diese Zusammenhänge nicht erkennen. Glücklicherweise sind gerade in diesen Tagen zwei Broschüren erschienen, die uns die Möglichkeit geben, das Rätsel über den Zweck des Dittmannschen Vorstoßes zu lösen. Die eine Broschüre ist die „Die Marinejustizmorde von 1917 und die Admirals-Rebellion von 1918“, die andere „Der Dolchstoß der U.S.P.“ von einem Frontkämpfer (Klassenkampf-Verlag, Berlin). In der letzteren Broschüre wird der sogenannte Münchner Dolchstoßprozeß einer ausführlichen Kritik unterzogen und auf Grund der Zeugenaussagen die Verurteilung der SPD bewiesen. In dem Prozeß bemühten sich die SPD-Führer, den Beweis zu erbringen, daß sie mit den „Matrosenmeutereien“, sowie mit der Revolution nichts zu tun hatten, und daß sie, nachdem dennoch die Revolution gegen ihren Willen ausgebrochen war, dieselbe im Bündnis mit den kaiserlichen Generalen im Wute kritisch haben. U. a. trat auch als Zeuge der selbsterwählenden Wels auf. Nach der erwähnten sehr lehrreichen Broschüre des „Frontkämpfer“ sagte Wels u. a. folgendes aus:

„Wir haben als Partei keinen Vorwurf härter empfinden, als den, daß wir im nationalen Sinne in der Zeit der höchsten Gefahr als nicht zuverlässig angesehen wurden.“

Wir sehen also, daß für die Wels-Leute am „härtesten“ der Vorwurf war, daß sie angeblich nicht in einer Front mit dem nationalsozialistischen Mob gestanden hätten. Das sie mit Arbeiterblut besetzt sind, diesen Vorwurf empfinden diese „Arbeiterführer“ nicht hart. Im Gegenteil, dieser Vorwurf kümmerte sie nicht nur wenig, sondern sie waren noch stolz darauf. Die Reaktion hat sich nun bereit erklärt, die Wels-Leute als zuverlässige Arbeiterführer zu betrachten. Aber wie sieht es mit den ehemaligen U.S.P.-Leuten, mit denen ihr euch vereint habt? — fragte der Verteidiger Cohnmann, Graf Pestalozza. Darauf erwiderte prompt Freund Wels:

„Zur Sicherung der Republik und in Anerkennung des Staatsgedankens, dem auch die U.S.P. huldigt, wurde die U.S.P. gegründet. Niemand wäre das möglich gewesen, wenn die U.S.P. sich grundsätzlich ablehnend gegen das Vaterland verhalten hätte. Wir hätten uns nicht zusammenfinden können, wenn wir nicht gewußt hätten, daß der Kern der U.S.P. dasselbe ist.“

Wo hier gibt Wels ohne weiteres zu, daß die berühmte „Einigung“ in der Kapitulation der U.S.P. vor den Klassensozialisten bestand und daß auch die U.S.P. jetzt unter Aufsicht von Wels ganz „zuverlässig“ geworden ist. Aber dies mußte auch durch „Taten“ bewiesen werden. Deshalb trat auf Befehl von Wels der besonders „kompromittierte“ Dittmann den Weg nach Canossa an, um zu zeigen, daß er ebenfalls nie an den Sturz der Monarchie, an die Revolution, auch nur gedacht habe. Daß die Enthüllungen Dittmanns den Zweck haben, die Beteuerungen der Wels-

Kampfanzeige der Kommunisten an Luther

Erklärung der kommunistischen Reichstagsfraktion

Berlin, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Vor der Abstimmung gab Genosse Stöcker im Namen der kommunistischen Fraktion folgende Erklärung ab:

„Zusammenhang und Erklärung der Regierung lassen keine Zweifel darüber, daß die Regierung die arbeitserfreundliche Politik des alten Kabinetts Luther fortsetzen wird. Das Programm dieser bürokratisch-kapitalistischen Regierung bedeutet: Neue Belastung der arbeitenden Klassen durch Steuern, Erhöhung der Beiträge, neue Steuern auf die Besitzlosen, weitere Erhöhung der Mieten, weitere Preissteigerung der Lebensmittel durch Fortführung der katastrophalen Wirtschafts- und Zollpolitik. Dieses Programm bedeutet Steigerung der Wirtschaftskrisis und Verhängnis des ungeheuren Arbeitslosenheeres, bedeutet weitere Verelendung sowohl der Arbeitslosen, wie auch der noch tätigen Arbeiter, Angestellten und Beamten, neuen Hunger für die Opfer des Krieges und der Arbeit, für die Opfer der Inflation und des Kapitalismus.“

Dieses Programm bedeutet aber auch weitere Unterstützung der monarchistischen Reaktion in Herz, Staatsapparat, in der Schule. Die arbeitenden Massen haben deshalb von dieser Klassenregierung der Bourgeoisie nichts anderes zu erwarten, als bittere Not und Elend.“

Durch den Beschluß auf Stimmenthaltung hat die sozialdemokratische Partei auf jeden Kampf gegen diese Regierung verzichtet. Wenn diese Regierung ein Vertrauensvotum erhalten sollte, so nur dank dieser Unterstützung durch die Sozialdemokraten, denn die Enthaltung ist in diesem Falle volle Unterstützung. Die sozialdemokratischen Führer haben darauf verzichtet, gemeinsam mit den Kommunisten diese kapitalistische Regierung zu stürzen und die Reichstagsauflösung zu erzwingen, um im Kampf dieses Systems die Macht der Arbeiterklasse zu wahren. Für die weitere arbeitserfreundliche Politik der neuen Regierung Luther trägt deshalb die Sozialdemokratie die volle Verantwortung. Wir rufen der Arbeiterklasse Deutschlands zu:

Von dieser Regierung habt ihr nur Schlimmes zu erwarten. Gegen diese Regierung der Feinde der Arbeiterklasse kann es deshalb nur eine Lösung geben:

Einheitsfront aller Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern zum schärfsten Kampf gegen dieses Kabinetts der Arbeiterfeinde! Einheitsfront der Hungernden! Einheitsfront der Verdammten!

Die Fürstentumsknechte sabotieren das Sperrgesetz

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde gestern das von den Kommunisten vorgeschlagene Sperrgesetz zu Ende beraten. Da eine große Mehrheit der Parteien für dieses Gesetz ist, hätte eine Annahme in der gestrigen Sitzung nichts im Wege gestanden. Die Deutschnationalen, die Sozialdemokraten und die Sozialdemokratischen Fraktionen haben sich aber gegen die Annahme des Gesetzes ausgesprochen. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen, so daß die nächste Sitzung am nächsten Dienstag nachmittags stattfinden wird. Das Sperrgesetz ist also wiederum um 5 Tage hinausgeschoben. Die Fürstentümer haben wiederum Zeit gewonnen, die Arbeiter zum Schutze der Interessen des räuberischen Fürstentums zu sabotieren.

Die Polizei stellt die Schuld der Faschisten fest!

Berlin, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Nach den Untersuchungen der Polizei stellt sich einwandfrei die Schuld der faschistischen Revolverhelden an dem gestrigen Zusammenstoß in Charlottenburg heraus. Der 21jährige Wikingbändler Schierbaum gab mit einer Browningpistole 6 scharfe Schüsse auf die demonstrierenden roten Frontkämpfer ab. Der Genosse Kläffer, Mitglied des KPD, wurde durch einen Schuss durch die Brust verletzt. Der Dreher Winkler erlitt schwere Stichwunden am Kopf und an der Brust. Der Schütze Schierbaum war, nachdem er geschossen hatte, flüchtend auf eine Straßenbahn gesprungen. Winkler ist Mitglied des Reichsbanners, dessen Angehörige gemeinsam mit den roten Frontkämpfern gegen die faschistischen Femeorgansaktionen demonstrieren.

Marschiert auf gegen die Raubfürsten und das Massenelend

am Sonntag den 31. Januar vormittags 10 Uhr im Volkswohlfahrt, Erabantengasse



Wir führen Wissen.

Aus den Gewerkschaften Japan provoziert zum Krieg in der Mandchurei

Von Tang Shin She

Buchkontrolle und Werbearbeit

Von Paul Kerzer

Die Erfahrung hat gelehrt, daß eine starke Senkung des Mitgliederbestandes der freien Gewerkschaften stets mit einer Schwächung der Widerstandskraft der Arbeiterfront gegen die Unterdrückung der Unternehmern verbunden war. Ferner, daß in Zeiten schwerer Wirtschaftskrisen, deren Lösung die Kapitalisten in erster Linie versuchen durch Verschlechterung der Existenzbedingungen der Arbeiterklasse, durch Verdrängung großer Arbeitskräfte aus den Betrieben, durch Einschränkung der Produktionsmittel und infolge des technischen Ausbaues der Produktionsmittel, zahlreiche Arbeiter die gewerkschaftliche Organisation verlassen.

Jetzt befindet sich die deutsche Wirtschaft wiederum in einer tiefgehenden Krise. Die bereits zur Erwerbslosigkeit von einer Million Arbeitern geführte hat. Nach den Statistiken der Gewerkschaftsverbände sind zurzeit auch 20 Prozent der freien Gewerkschaftsmitglieder ohne Arbeit, diese Zahl steigt ununterbrochen. Die Kräfte häufen sich, wo die Unternehmern ihre oft mühsamlich geschlossenen Betriebe nur dann öffnen, wenn die Beschäftigung fast vermindert bleibt und sie sich mit dem Abbau der Betriebe um 10 bis 20 und mehr Prozent und einer Verdrängung der Arbeitskräfte einverstanden erklärt. Also, ein Desorganisations- und rückwärtiger Angriff des gut organisierten Unternehmern auf die Arbeiterfront zur Verschlechterung ihrer Existenzbedingungen.

Eine solche Situation erfordert zum Abwehrkampf starke Gewerkschaftsorganisationen, die sich nach der Struktur der Unternehmerrückentwicklung zu massiven Gruppierungen verhalten, nämlich der Reaktion zwischen den englischen Verbänden der Metall-, Metall- und Verkehrsbetriebe. Die Gefahr der Zerstückelung der Arbeiterfront während der Krise kann nur zurückgedrängt werden, wenn gerade jetzt alle Klassenbewegten Elemente energisch und ziellos arbeiten, um die Verbände zu stärken und ideologisch umzuformen, um alle wirtschaftlichen und sozialdemokratischen Tendenzen im Inneren zu erschüttern, und um sie auf den Boden der marxistischen Grundzüge des Klassenkampfes zurückzuführen.

Eine erfolgreiche Agitations- und Werbearbeit in den Betrieben ist aber nur möglich, wenn durch eine gute Leitung alle bestehenden Kräfte, die den im Betrieb vertretenen freien Gewerkschaften angehören, mobilisiert werden. Die Kräfte zu mobilisieren, die Werbearbeit systematisch zu leisten und laufend zu kontrollieren, ist die Aufgabe des Werbeausschusses im Betrieb, in dem die aktiveren Kollegen, gleichwohl als SPD, aber auch als Mitglieder der Gewerkschaften, für die Stärkung der Gewerkschaften zu wirken haben.

Die wichtigsten und aktivsten Kollegen, die als gute, Klassenbewegten Funktionäre der Gewerkschaften bekannt sind, müssen sich im Werbeausschuss zusammenschließen. Wo er noch nicht besteht, müssen die Kommunisten die treibende Kraft sein, um die Bildung schnellstens zu bewerkstelligen.

Der Werbeausschuss muß genau prüfen, was für Methoden zur Werbung neuer Gewerkschaftsmitglieder im Betriebe den größten Erfolg versprochen. Er muß die individuelle Bearbeitung der Belegschaftsmitglieder, die Veranstaltung von Betriebsversammlungen, die Herausgabe von kleinen Broschüren, Flugblätter und Flugzetteln usw. organisieren. Er muß unter Ausnutzung seiner Beziehungen die Belegschaft laufend mit guter sozialistischer Propaganda versorgen und durchsetzen, daß die Belegschaftsmitglieder die Arbeiterpresse lesen. In den Betriebsversammlungen muß man den aktiven politischen und wirtschaftlichen Tagesfragen, unter denen die Arbeiterfront leidet, Stellung genommen werden. Die Agitation im Betriebe muß der Werbearbeit regelmäßig zusammenhängen, um sie laufend über die zur Umwandlung in der Agitation geeigneten politischen und wirtschaftlichen Ereignisse zu informieren. Ferner müssen die Werbearbeiters amnestisch die Gewerkschaftsstellungen drängen, damit die organisatorische Kraft der Verbände zur Führung der Werbearbeit ausgenutzt wird.

Eine weitere Vorbedingung für eine gute Werbearbeit ist, daß der Gewerkschaftsfunktionär im Betriebe die Zusammenfassung der Belegschaft in gewerkschaftlicher Hinsicht kennt und weiß, ob Kräfte sich unter der Belegschaft befinden, die zur aktiven Mitarbeit herangezogen werden können. Darum ist eine regelmäßige Buchkontrolle im Betriebe, die von einer Anzahl Gewerkschaftsverbände bereits konstitutiv festgelegt ist, dringend notwendig. Auch hier genügt es nicht, wenn die Vertrauensleute der verschiedenen im Betrieb vertretenen Verbände ihre Mitglieder kontrollieren, sondern die Kontrolle muß auf alle Mitglieder und Angestellte des Betriebes ausgedehnt werden und regelmäßig monatlich erfolgen. Um das zu erreichen, muß die Leitung der Kontrollarbeit eine Buchkontrolle-Kommission überlegen, die sich aus den besten Funktionären der im Betrieb vertretenen freien Gewerkschaften, gleichgültig welcher Parteirichtung, zusammensetzt. Zur gemeinsamen Durchführung auch dieser Arbeit müssen sich die SPD, KPD, und parteilose Kollegen zusammenschließen. Unsere Genossen müssen die treibende Kraft sein in der Bekämpfung des Schleichens und der Nachlässigkeit, die in dieser Hinsicht in vielen Gewerkschaftsverbänden eingeschlichen ist. Sie müssen die SPD- und parteilosen Kollegen in den Betrieben zur gemeinschaftlichen systematischen Arbeit im obigen Sinne gewinnen.

Die Buchkontrolle erleichtert die Werbearbeit außerordentlich. Durch sie erhält der Werbeausschuss eine Übersicht, ob die Kollegen in den einzelnen Betriebsabteilungen der Gewerkschaft angehören. Für eine systematische individuelle Werbearbeit wird dadurch die Bahn freigemacht.

Aber nicht allein deshalb ist sie notwendig, es zeigt sich, daß zum großen Teil die neugewonnenen Mitglieder durch einen ebenfalls großen Abgang in den Ortsvereinen der Verbände ausgedehnt werden, und die Mitgliederzahl trotz Werbearbeit nicht steigt. In unzähligen Fällen ist es die Nachlässigkeit des Kollegen bei der Teilnahme in einem neuen Betrieb oder während der Erwerbslosigkeit, sein Buch nicht in Ordnung zu erhalten. Die Karten werden nicht überschrieben, der nachzahlende Beitrag wird zu groß und die Mitgliedschaft des Betreffenden in der Gewerkschaft zu Ende. Durch eine in allen Betrieben durchgeführte laufende Buchkontrolle, die auch ebenso wie die Werbearbeit auf den Arbeitsnachweis durch die Erwerbslosen-Kommissionen durchgeführt werden muß, wird ein solcher Zustand wesentlich verhindert. Die Gewerkschaftsmitglieder nehmen größeren Anteil an Gewerkschaftsleben und die Verbände werden aktiver.

Jeder Klassenbewegte Arbeiter, in erster Linie jeder Kommunist, der von sich behaupten will, ein bewusster Revolutionär zu sein, muß die ungeheure Bedeutung dieser sehr oft vernachlässigten Arbeit erkennen und sich an ihrer Durchführung mit aller Kraft beteiligen.

Durch das Vorwärtsschreiten der proletarischen Revolution in allen Ländern einerseits und durch die vor kurzem erfolgte Unterwerfung des Locarno-Paktes andererseits ist eine Lage geschaffen worden, in der dem Kampf für unermesslich gehaltenen japanisch-chinesischen Krieg im Stillen Ozean wahrscheinlich ein Krieg gegen die Sowjetunion, dem einzigen proletarischen Staat der Welt und dem Hauptquartier der Weltrevolution, ausgetragen auf dem Boden des erwachenden China, vorzugehen wird. Als Anführer des Krieges ist Japan vorgelesen, das jetzt Tschangtschun als Vorhut vorgeführt hat. Von heute geistert die Sowjetunion durch die Belegung von Mandchurien durch Japan zu zeigen und es dadurch zu einer Unterwerfung des Generals Fung Yu Hsiang zu bewegen. Der Plan ist nicht gelungen. Nun greift man zu größeren Mitteln: Verhaftung des Direktors Iwanow der Chinesischen Eisenbahn und Verhaftung der übrigen sowjetischen Angestellten der Bahn an der Ausübung ihres Amtes.

Auf welche Weise zeitigte Tschangtschun den Konflikt mit der Sowjetunion an? Er lag fortwährend Soldaten mit der Chinesischen Eisenbahn transportieren, ohne dafür zu bezahlen. Da der Bahn daraus natürlich ein großer Verlust entsteht, hat der sowjetische Direktor eine weitere unerwartete Forderung vorgetragen. Danach ergreift Tschangtschun keine Verhaftungsmaßnahmen. Ist das keine Provokation der Sowjetunion?

Seit dem Beginn der chinesischen Freiheitskämpfe im Mai 1925 vergangenem Jahres ist Japan jederzeit bereit, einen Krieg gegen die Sowjetunion auszuweichen. Im Juni 1925, als es schon einmal zum Konflikt Tschangtschun mit der Sowjetunion kam, weil diese auf Grund des chinesisch-russischen Vertrages Entlohnung aller nicht dem Sowjetstaat unterstehenden Russen aus dem Dienst der Chinesischen Eisenbahn verlangte, hat Japan sofort Nachrichten verbreitet, daß die Sowjetunion Truppen an der mandchurischen Grenze zusammenziehe. Darüber hinaus wiederholte Japan, als die Sowjetunion gegen den Bau der Eisenbahnlinie Fengtien-Kirin protestierte, vor der Belegung von Mandchurien durch Japan, als der Krieg zwischen Fung Yu Hsiang und Tschangtschun ausgebrochen war, habe Japan ebenfalls gegen die Sowjetunion, indem es von einer sowjetischen Unterwerfung Fung Yu Hsiang und wiederum von einer Zusammenziehung der Roten Armee an der mandchurischen Grenze sagte. Japan will also glauben machen, daß die Sowjetunion der dauernde Unruhefächer sei.

Zu gewöhnlicher Zeit hat Japan neben einer unbeschränkten Anzahl von Kriegsschiffen an der Küste der Mandchurei und im Kriegsjahre zwei Divisionen Landarmee, zahlreiche Eisenbahnschutztruppen und Gendarmen in der Mandchurei stehen. Zur Belegung von Mandchurien schickte es fünf Divisionen dahin, einen Teil der 12 und einen Teil der 20. Diese Truppen sollen, wie Japan verteilt, wieder zurückgezogen werden sein; aber niemand kann kontrollieren, ob sie sich nicht auch in der Mandchurei befinden. Vier japanische Divisionen stehen also bereit, sich mit der Sowjetunion in Shanghai zu treffen, daß zur Unterstützung Tschangtschuns japanische Truppen in chinesischen Uniformen gegen Kuo Tung Lin kämpfen und dadurch den legitimen Niederlage herbeiführen werden ist. Es ist also leicht möglich, daß japanische Truppen in chinesischen Uniformen ebenfalls gegen die Sowjetunion vorgehen, weil keine dieser Truppen Kuo Tung Lin unterstanden haben und vernichtet werden sind.

Inwiefern arbeitet Japan mit den übrigen Imperialisten zusammen gegen die Sowjetunion? Als japanische Truppen Mandchurien besetzt hatten, erklärte die gesamte imperialistische Presse, Japan hätte das Mandchurien, die Ausländer in der Mandchurei zu schützen. Das bedeutet, daß die Imperialisten damit einverstanden sind, daß Japan die Mandchurei besetzt; sie sind einverstanden, daß immer mehr japanische Truppen dort hingebracht werden. Auf Grund des jetzigen letzten Zwischenfalls hat die imperialistische Presse wieder eine ähnliche Behauptung eingeleitet. Die englische Presse fordert sogar ihre Regierung auf, Tschangtschun zum wunden moralisch zu unterstützen. Sie heißt offen gelassen, sie fordert moralische Unterstützung Japans. So bereiten die Imperialisten einen Krieg gegen die Sowjetunion vor.

Warum wollte das japanische Werkzeug, Tschangtschun, als Vorhut der internationalen Imperialisten fungieren? Weil sich das gesamte im Freiheitstempel befindliche chinesische Volk gegen ihn wendet und er trotz all dem die Macht über ganz China erlangen möchte. Nach dem blutigen Aufstand von Tschangtschun hatte Tschangtschun am 22. August eine Unterredung mit einem Vertreter des amerikanischen Telegraphenbureaus United Press, in der er folgendes erklärte:

„Die Exterritorialität und die Zollautonomie sind eine besonders wichtigen Fragen für China. Die wichtigste Frage für China ist jetzt: Wie kann der Bolschewismus abgewehrt werden? In mein Gebiet, in die Mandchurei konnte er noch nicht eindringen; denn meine sehr guten und treuen Truppen würden ihn mit Stumpf und Stiel sofort wieder ausrotten. Meine Truppen könnten den Bolschewismus auch aus ganz China verzeihen, aber die fremden Staaten müßten sich moralisch und wirtschaftlich unterstützen.“

So bioberte sich Tschangtschun den Imperialisten an. Mitte Dezember berichtete die Chinesische Presse, daß in Arzener Zeit ein chinesisch-japanischer Antibolschewistenkongress in Kirin stattfinden soll. Wozum gerade in Kirin? Weil der dortige Kommandant (ein Anhänger Tschangtschuns) der Kommandant der Schutztruppen der Chinesischen Eisenbahn ist. Die Verhaftung des sowjetischen Direktors der Chinesischen Eisenbahn ist natürlich auf diesen Antibolschewistenkongress zurückzuführen.

Tschangtschun hat jetzt keinen japanischen Heren in die nicht von fremden Mächten beherrschte Nordmandchurei eindringen lassen. Er will nicht nur das dortige Volk wieder den Klauen der Imperialisten ausliefern, sondern will das Land zu einem Kriegsschauplatz der internationalen Imperialisten gegen die Sowjetunion machen. Solches zu verhindern, ist die wichtigste und notwendige Aufgabe des Weltproletariats.

SPD, Betriebsräte und Gewerkschaftsangehörige gegen den Volksentscheid

Betriebsversammlung in der Brauerei „Reichsbrot“.

In der letzten Betriebsversammlung der Belegschaft der Brauerei „Reichsbrot“ nahm die Belegschaft zunächst Stellung zu der beabsichtigten Entlassung von drei Frauen aus dem Hochlochkeller. Dabei wurde das Verhalten der Direktion, aus „Spartakusgründern“ immer mehr Leute zu entlassen, grundsätzlich getadelte. Die Methoden der Ausrottung nahmen immer schärfer Formen an. Der Betriebsrat wurde beauftragt, energische Schritte zu unternehmen, um die Kündigung rückgängig zu machen.

Die Vorschläge der Vertrauensleute und Delegierten zur großen Ortsversammlung wurden zur Kenntnis genommen, da andere als die vorliegenden nicht gemacht wurden, gelten sie als gewählt. Darauf wurden von den Kollegen noch eine Anzahl von Wünschen formuliert und ihre schnelle Beilegung gefordert. Darauf brachte der Kollege Becher folgende Resolution ein, die sich gegen den treuen Raubzug der Fügung richtet und die gemeinsame Durchführung des Volksentscheids fordert. Die Resolution hatte folgenden Wortlaut:

Während Millionen von Arbeitern erwerbslos auf der Straße liegen oder kurzarbeitend und die Beiträge für die Erwerbslosenversicherung erwehrt erhöht wurden, versucht man auf der anderen Seite, den ehemaligen Fürsten Millionen zuzuführen. Das darf nicht geschehen. Restlose Entlohnung muß darauf die Antwort sein. Die Betriebsversammlung der Brauerei „Reichsbrot“ begrüßt deshalb den von der SPD, KPD, eingeleiteten Volksentscheid und fordert von der SPD, KPD, und dem ADGB, alles dazuzusetzen, um den Volksentscheid gemeinsam mit proletarischen Organisationen durchzuführen.

Anstatt nun diese Resolution zur Annahme zu empfehlen oder zur Debatte zu stellen, nahm als erster das Wort der sozialdemokratische Stadtverordnete, Parteisekretärgehende K e r n. In gebührender Weise zeigte er sich über die sonst dreimal gefällige Geschäftsordnung hinweg und wettierte gegen diese Resolution. Dabei wurde er tatkräftig unterstützt von dem Gewerkschaftsbeamten Böhmer, der der Versammlung empfahl, diese Resolution nicht anzunehmen, da die Versammlung schon beauftragt sei, und die Gewerkschaften sowohl als auch die SPD, sich nicht mit diesen Fragen schon beschäftigen sollten und viele Vorschläge nicht brauchen. Kern sowohl als auch Böhmer sprachen sich gegen diese Entschließung aus und verhinderten die Abstimmung über diese Resolution.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Der Zentralverband der Angestellten veranstaltet am Montag, den 1. Februar, abends 7.30 Uhr im Logenhaus, Dittmar-Platz 15, eine außerordentliche Mitgliederversammlung, in der der Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Hergl-Verlin über das Thema „Die Wirtschaftskrise und ihre Überwindung“ sprechen wird. Die Mitglieder werden gebeten, in dieser Versammlung zu erscheinen. Gäste können eingeführt werden.

Der Ortsausschuß Königsbrunn des ADGB, veranstaltet am 30. Januar, 6. Februar und 13. Februar im Rathausaal öffentliche Vorträge über das Versicherungswesen. Anfang 5.30 Uhr. Jeder Gewerkschaftler hat Zutritt.

Erfolge der Opposition in den Gewerkschaften

Die Fahrtenarbeiter in Lüneburg wählten eine Ortsverwaltung, die sich aus 4 Kommunisten, 1 Sozialdemokraten und 2 Parteiloosen zusammensetzt.

Bei der in Chemnitz stattgefundenen Delegiertenwahl zum Verhandlungsausschuß der Zimmerer erhielt der Kandidat der Opposition, Genosse Metzger-Zwickau, 207 Stimmen, während für den Reformisten Kugmann nicht eine einzige Stimme abgegeben wurde.

Die Generalversammlung des Ortsausschusses des ADGB in Kassel wählte einen Vorstand, der nur aus Kommunisten besteht, und zwar unter Zustimmung der Sozialdemokraten.

In der Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Fleischer in Leipzig wurden 4 Kommunisten (bisher 1) und 3 Sozialdemokraten gewählt.

In Regensburg wurden in der Generalversammlung des ADGB, in der Ortsverwaltung gewählt: 6 Kommunisten, darunter der 1. und 2. Beauftragte, 4 Sozialdemokraten.

Als Delegierte in den Ortsausschuß wurden 6 Kommunisten und 3 Sozialdemokraten bestimmt.

Letzte Telegramme

Fliegende Zimmermann über Österreichs Sanierung
Amsterdam, 20. Januar. (Telefun.) Bei Gelegenheit eines Besuchs, das der Industriellenklub zur Feier seines jährlichen Besehens veranstaltete, sprach der Generalsekretär des Völkerverbundes in Österreich, Zimmermann, über die Arbeit, die der Völkerverbund geleistet hat und über den heutigen Zustand Österreichs.

26 Angeklagte im Frankfurterprozeß
Berlin, 20. Januar. (Telefun.) Wie die Morgenblätter aus Budapest melden, enthält die Staatsanwaltschaft insgesamt gegen 26 Personen die Anklage. Von diesen befinden sich 21 in Haft, 5 auf freiem Fuß.

Der Kampf gegen die Kommunisten auf dem Balkan
Buenos Aires. (Eigene Drahtmeldung.) In den nächsten Wochen soll in Buenos Aires eine Konferenz der Polizeiminister der Staaten der Lateinamerika stattfinden, in der gemeinsame polizeiliche Maßnahmen zur Bekämpfung der kommunistischen Propaganda beraten werden sollen.

Sintarich. (Eigene Drahtmeldung.) Der Ministerrat hat beschlossen, das Parlament am dritten April aufzulösen. Die Zeit für die ausländischen Zeitungen ist ausgedehnt worden. Am 9. Februar beginnt in Kolumbien ein neuer Klassenkampf gegen 45 Arbeiter aus allen Gegenden Kolumbiens.

Demission des japanischen Gesamtkabinetts
Tokio. (Eigene Drahtmeldung.) Nach der Mitteilung, daß der japanische Ministerpräsident Kato gestorben sei, trat die japanische Regierung zu einer außerordentlichen Sitzung zusammen. In ihr wurde die Demission des Gesamtkabinetts beschlossen.

Gen. Warajuki stellvertretender japanischer Ministerpräsident Tokio, 20. Januar. (Telefun.) Gen. Warajuki ist vertretungsweise zum Ministerpräsidenten ernannt worden.

